

Wahlprüfsteine

Rostocker Initiative

Das junge MV.

FDP Mecklenburg-Vorpommern, Goethestraße 87, 19053 Schwerin

Rostocker Initiative für eine zukunftsfähige
Kreislaufwirtschaft und
gegen Müllverbrennung e.V.
Dr. Günter Hering und Dr. Ursula Karlowski
per Email: recycling-rostock@freenet.de

Schwerin, den 23. August 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hier: Ihre Email vom 20. August 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Email mit den Wahlprüfsteinen der Rostocker Initiative für eine zukunftsfähige Kreislaufwirtschaft und gegen Müllverbrennung e.V. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen.

1. Klimapolitischer Aspekt

Der Wirkungsgrad bei der *Verbrennung* von Abfall (auch bei Einsatz der sogenannten „hochkalorischen Sekundärbrennstoffe“) liegt weit unter der schlechtesten Kohlekraftwerke. Klimapolitisch ist es unverantwortlich, Abfall zu verbrennen. Jedes dieser Vorhaben konterkariert die Klimaschutzziele, die sich die Bundesrepublik gesetzt hat.

Wie wirkt ihre Partei/Wählergruppe zukünftig dem Vorhaben, Müllverbrennungsanlagen (MVA), Klärschlammverbrennungsanlagen zu betreiben bzw. sie sogar noch zu erweitern, entgegen? Wie steht Ihre Partei zur Anwendung der Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen von Genehmigungsverfahren für zuvor genannte Anlagen?

Antwort: Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine ökologische und ökonomisch sinnvolle Abfallversorgung ein. Dabei sind wir für einen technologie-offenen Rahmen. Die Pflicht zur Monoverbrennung von Klärschlämmen lehnen wir genauso ab, wie das Heizwertkriterium in § 8 Abs. 3 KrWG. Wir begrüßen die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Genehmigung von Müll- und Klärschlammverbrennungsanlagen. Die Betroffenen von Anlagen müssen an der Genehmigung beteiligt werden.

Freie
Demokraten

Mecklenburg-
Vorpommern **FDP**

2. Wirtschaftspolitischer Aspekt

Abfall ist die einzige „nachhaltige einheimische Ressource“. Angesichts der weltweiten Verknappung der Rohstoffreserven ist es wirtschaftspolitisch und strategisch unverantwortlich, Abfall zu verbrennen. Die Technologien für ein stoffliches Recycling sind verfügbar.

In den benachbarten Bereichen/Regionen von Müllverbrennungsanlagen bzw. Anlagen der „Thermischen Verwertung“ werden die Landwirtschaft sowie die Tourismus- und Gesundheitswirtschaft durch die unvermeidbaren und hochtoxischen Feinstaubemissionen aus den MVA's mittel- und langfristig empfindlich aber auch großräumig beeinträchtigt.

Wie wird sich ihre Partei/Wählergruppe zukünftig für den Erhalt der Wertstoffe, der landwirtschaftlichen Anbauflächen und die Sicherung des Tourismus und der Gesundheitswirtschaft in den von einer MVA betroffenen Regionen einsetzen? Welche konkreten Ziele verfolgen Sie?

Welchen potentiellen Wertverlust hat Grundeigentum in der Umgebung von Müllverbrennungsanlagen?

Wie steht Ihre Partei zur Klärschlammverbrennung bzw. landwirtschaftlichen Verwertung und wie begründen Sie die jeweiligen Position? Welche kritische Position nimmt Ihre Partei zu der Position der jetzigen Landesregierung bezüglich des Klärschlamm ein?

Antwort: Die FDP setzt sich für die Beibehaltung der Möglichkeit zur stofflichen Verwertung von Klärschlamm ein. Das Ziel der Pflicht zur Monoverbrennung, insbesondere mit dem Ziel der Phosphorrückgewinnung, machen wir uns nicht zu eigen.

Die Notwendigkeit zur Errichtung neuer Müllverbrennungsanlagen (MVA) sehen wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Die FDP setzt sich für eine technologie-offene Abfall bzw. Kreislaufwirtschaft ein. Der Vorrang einer Technologie – hier die Monoverbrennung von Klärschlamm – lehnen wir ab. In der Praxis ist die Qualität des Klärschlammes sehr unterschiedlich, so dass durchaus der unmittelbare Einsatz in der Landwirtschaft sinnvoll sein kann. Dabei muss auch der Schutz des Trinkwassers mitberücksichtigt werden.

3. Arbeitsmarktpolitischer Aspekt

Für die Schaffung von Arbeitsplätzen stellen sich die Fragen:

Wie viele Arbeitsplätze durch die Müllverbrennung in anderen Wirtschaftsbereichen (Landwirtschaft, Tourismus, Gesundheitswesen) gefährdet werden?

Warum die Chance, durch Recycling wesentlich mehr Arbeitsplätze zu schaffen als bei der Müllverbrennung, vertan wird?

Wie will ihre Partei/Wählergruppe dazu beitragen, dass in den Regionen, in denen Müllverbrennungsanlagen bzw. Klärschlammverbrennungsanlagen geplant, gebaut oder betrieben werden, zukunftsfähige, nachhaltige und innovative Arbeitsplätze in dem Sektor der Sekundärrohstoffwirtschaft geschaffen werden?

Antwort: Die Schaffung von Arbeitsplätzen sehen wir primär als Aufgabe der Wirtschaft an. Aufgabe der Politik ist es, gute Rahmenbedingungen für die Ansiedlung/Sicherung von Unternehmen zu schaffen. Für die Kreislaufwirtschaft bedeutet dies zuerst, dass die FDP sich gegen die Verdrängung der privaten Partner in der Kreislaufwirtschaft positioniert. In der Verdrängung durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsunternehmen sehen wir einen erheblichen Nachteil für die Ansiedlung neuer und innovativer Unternehmen in der Sekundärrohstoffwirtschaft.

4. Gesundheitspolitischer Aspekt

Chemisch gesehen ist ein „Mülllofen“ ein unkontrolliert arbeitender Reaktor, in dem eine Vielzahl unbekannter, komplexer Stoffe entstehen. Alle bisherigen Untersuchungen belegen, dass die Mehrzahl von ihnen hoch toxisch sind. Nur zwölf Stoffe/Stoffgruppen müssen überwacht werden. Alle anderen Substanzen verlassen unkontrolliert die MVA. Die gesundheitlichen Auswirkungen des toxisch beladenen Feinstaubes und der gasförmigen Schadstoffe aus dem Luftpfad sind erheblich und in ihrer Dimension nicht absehbar.

Die zusätzlichen Belastungen über den Luftpfad konterkarieren die Bemühungen für eine hochwertige Gesundheits- und Tourismusbranche und führen mittel- und langfristig zu erheblichen Zusatzkosten im Gesundheitswesen.

Wie wird sich ihre Partei/Wählergruppe für die Gesundheit der Bürger und der Gäste sowie für die Gesundheits- und Tourismuswirtschaft und gegen die unnötige Verschmutzung der Luft durch Müllverbrennungsanlagen sowie zukünftig Klärschlammverbrennungsanlagen einsetzen?

Antwort: Die Erhaltung der Gesundheit hat für uns höchste Priorität. Beispielsweise wird der Erhalt der hohen Qualität des Trinkwassers in Mecklenburg-Vorpommern explizit als Ziel im Wahlprogramm der FDP benannt. Insoweit die Gesundheit der Menschen gefährdet ist oder negative Auswirkungen auf andere Wirtschaftsbereiche drohen, lehnen wir die Errichtung von Müllverbrennungsanlagen ab.

5. Abfall- / Kreislaufwirtschaftlicher Aspekt

Im Rahmen der Abfallwirtschaft ist die (Sekundär-) Rohstoffsicherung, auch die Sicherung der Phosphorressourcen aus dem Klärschlamm, eine elementare Aufgaben der Daseinsvorsorge, deren zunehmende Bedeutung auch auf EU-Ebene erkannt wird. Auf Bundesebene hat die Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung („Wie Deutschland zum Rohstoffland wird“) klare Prämissen gesetzt. Nun müsste die Bundespolitik die Rahmenbedingungen für Wettbewerb so organisieren, dass Sekundärrohstoffe nachhaltig genutzt werden (und dadurch auch die Gebühren für die Einwohner verträglich gehalten werden).

Antwort: Wir sind überzeugt, dass die besten – sowohl ökologisch als auch ökonomischen- Lösungen im Wettbewerb erzielt werden können. So halten wir die Festsetzung ambitionierter Recyclingquoten für ein Instrument, die Recyclingquoten zu erhöhen. Die Festlegung auf einzelne Technologien, wie die (Mono-) Verbrennung von Klärschlamm halten wir für nicht zielführend. Wir sind nicht überzeugt, dass es Aufgabe des Abwasser-Gebühren-Zahlers ist, für die Rückgewinnung von Phosphor aufzukommen.

Wie will ihre Partei/Wählergruppe dies gestalten? Wie wertet ihre Partei/Wählergruppe in diesem Zusammenhang die unnötige Vergrößerung von Müllverbrennungskapazitäten (ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Änderungsgenehmigung bei der Müllverbrennungsanlage in Rostock) bei bundesweit bestehenden Müllverbrennungsüberkapazitäten?

Wie wertet Ihre Partei die Vorgaben der jetzigen Landesregierung zur Klärschlammverbrennung?

Nach dem Kreislaufwirtschafts-/Abfallgesetz (KrW/AbfG) sind höchstmögliche ökologische und nachhaltige Standards einzuhalten. Und nach der EU-Richtlinie zur Integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU – 96/61/EG) ist grundsätzlich die **bestverfügbare Technik** zu realisieren.

So sind auf der Grundlage des KrW/AbfG stoffbezogene Verwertungsströme insbesondere auch für Plastikabfälle zu definieren und zu regeln. In den hoch veredelten Erdölprodukten (Kunststoffen) ist neben dem eigenen Energieinhalt, im Herstellungsprozess ein hoher Energiegehalt zur Herstellung aufgewandt worden. Mit der Verbrennung dieser Abfall-Fraktion wird eine hohe CO₂-Freisetzung realisiert. Die stoffliche Verwertung ist daher ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz, zumal der Energieaufwand beim Recyceln deutlich geringer ist als bei der Erst- Erzeugung des jeweiligen Produktes aus Erdöl. Mehr noch: Je konsequenter Stoffe im Kreislauf genutzt werden, desto weniger Importe sind notwendiger. Die Abhängigkeit von den steigenden Rohstoffpreisen sinkt und die (zivilen wie militärischen) Aufwendungen zur Rohstoffsicherung aus Drittländern sinken.

Warum also werden nach wie vor viele werthaltigen Stoffe des Mülls verbrannt und nicht recycelt und warum soll zukünftig auch der Klärschlamm verbrannt werden? Welche konkreten Maßnahmen will ihre Partei/Wählergruppe nach Ihrer Wahl gegen die unnötige Verschwendung von veredelten Rohstoffen durch Müllverbrennungsanlagen ergreifen? Welche Alternativen kann sich Ihre Partei zur Verwertung des Klärschlamm vorstellen?

Was unternimmt ihre Partei/Wählergruppe, damit die stoffliche Verwertung auch von Plastikabfällen Vorrang erhält?

Wie wird ihre Partei/Wählergruppe auf entsprechende, zukunftsfähige regionale Abfallwirtschaftskonzepte und Landesabfallpläne hinwirken?

Antwort: Die FDP wird sich für Maßnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft einsetzen. Dabei ist die Schaffung eines verlässlichen Rahmens eine vordringliche Aufgabe. Dieser muss auch ambitionierte Abfallvermeidungs- und Wiederverwendungsquoten enthalten. Weiterhin zielen wir auf die Reduktion der Müllverbrennungskapazitäten ab. Hierdurch dürften die Marktpreise für die Verbrennung ansteigen und Anreize schaffen, hochwertigere Maßnahmen zur Vermeidung und Behandlung von Abfall zu ergreifen. Eine Festlegung auf einzelne Technologien lehnen wir ab.

Wir freuen uns darauf, diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch zu diskutieren.

Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer

Spitzenkandidatin



René Domke

Landesvorsitzender